

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes - Eilkompetenz für Zollbeamte

Einbringer: **Fraktion der FDP**

(Drucksache 7/3726)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der FDP

Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes - Eilkompetenz für Zollbeamte

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Zollbeamte können in Thüringen während ihres Dienstes mangels gesetzlicher Regelung nur das Jedermannsrecht anwenden. Das bedeutet, dass sie bei während ihres Dienstes festgestellten Straftaten, wie beispielsweise Schmuggel, Diebstahl oder auch flüchtigen Straftätern, keine besonderen Befugnisse wie Festnahme, Sicherstellung von Rauschgift und Diebesgut haben. In allen anderen Bundesländern wurden Zollbeamte für eilbedürftige Fälle mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet, jedoch immer unter der Einschränkung, dass diese nur bei einer gesteigerten Gefahr und auch nur dann ergriffen werden können, wenn die Polizei nicht oder nicht rechtzeitig eingreifen kann. Somit können die Vollzugskräfte des Zolls in jenen Fällen tätig werden, in denen die originär zuständige Polizei nicht oder nicht rechtzeitig Maßnahmen wie Sicherstellung von Schmuggelware, Betäubungsmitteln oder auch die Festnahme von zur Fahndung ausgeschriebenen Straftätern ergreifen kann.

Thüringen ist das einzige Bundesland, in dem für Beamte der Zollverwaltung noch keine allgemeinpolizeiliche Eilkompetenz normiert wurde. Somit sind Zollbeamte in Thüringen bei der Feststellung einer Straftat, zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr oder auch bei Antreffen eines zur Fahndung ausgeschriebenen Straftäters darauf angewiesen, die nächste Polizeidienststelle zu informieren und auf das Eintreffen der zuständigen Polizeibeamten zu warten. Sonstiges Handeln ist ausschließlich auf Basis von Jedermannsrechten, wie beispielsweise § 127 Abs. 1 Strafprozessordnung (StPO) möglich. Diese Verfahrensweise ist insbesondere mit Blick auf den in Thüringen bestehenden Personalmangel und zunehmenden Krankenstand der Thüringer Polizei ineffektiv. Es kommt mithin nicht nur zu Verzögerungen im Rahmen der Tätigkeiten der Zollbeamten, wenn erst Beamte der Landespolizei angefordert werden müssen, sondern es werden zudem auch Polizeibeamte für Tätigkeiten gebunden, die ebenso von Zollbeamten vor Ort umgesetzt werden können.

B. Lösung

Thüringen normiert als letztes Bundesland ebenfalls die allgemeinpolizeiliche Eilkompetenz für Zollbeamte.

C. Alternativen

Die bisherige Regelung bleibt, ebenso wie der damit verbundene organisatorische und zeitliche Aufwand für die Beamten des Zolls und der Landespolizei, bestehen.

D. Kosten

Keine

Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes - Eilkompetenz für Zollbeamte

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 12 Abs. 4 Satz 1 des Thüringer Polizeiorganisationsgesetzes vom 25. Oktober 2011 (GBVL S. 268) erhält folgende Fassung:

"Die Absätze 2 und 3 gelten für Bedienstete ausländischer Polizeidienststellen entsprechend, soweit völkerrechtliche Verträge dies vorsehen oder das für die Polizei zuständige Ministerium Amtshandlungen dieser Polizeidienststellen allgemein oder im Einzelfall zustimmt, sowie für Vollzugsbeamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes gestattet ist."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Zollverwaltungsgesetzes (ZollVG) vom 10. März 2017 wurde § 12d ZollVG eingeführt, welcher den Ländern die Einführung der Eilzuständigkeit ermöglicht, wonach Zollbedienstete in den Vollzugsbereichen der Zollverwaltung im Sinne von § 10a Abs. 1 ZollVG unter engen Voraussetzungen grundsätzlich erlaubt ist, im Zuständigkeitsbereich des Landes polizeiliche Amtshandlungen vorzunehmen, wenn die zuständige Polizeibehörde die erforderlichen Maßnahmen nicht rechtzeitig treffen kann.

Bei den Zollbediensteten in den Vollzugsbereichen der Zollverwaltung im Sinne von § 10a Abs. 1 ZollVG handelt es sich um diejenigen Kräfte, denen nach § 9 Nr. 2 und 8 des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs bei Ausübung öffentlicher Gewalt gestattet ist. § 12 Thüringer Polizeiorganisationsgesetz (ThürPOG) regelt bisher nur den Einsatz von Polizeidienstkräften anderer Bundesländer und des Bundes sowie Bediensteter ausländischer Staaten mit polizeilichen Aufgaben. Die Bestimmung wird nunmehr in Absatz 4 Satz 1 insofern erweitert, als die entsprechende Geltung des § 12 Abs. 2 und 3 ThürPOG auf Vollzugsbeamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes gestattet ist, angeordnet wird.

Zollvollzugsbedienstete treffen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung immer wieder auf Situationen, in denen ein unmittelbares polizeiliches Handeln notwendig ist. Bisher sind die Vollzugskräfte des Zolls in Thüringen jedoch grundsätzlich verpflichtet, die Kollegen der Landespolizei zu informieren. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als auf die Polizei zu warten. Problematisch kann dies insbesondere dann werden, wenn Zollbeamtinnen und Zollbeamte beispielsweise einen flüchtigen Straftäter entdecken. Da ihnen selbst kein polizeiliches Festnahmerecht zusteht, verfügen sie - obgleich sie Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft sind - lediglich über das Jedermann-Festnahmerecht nach § 127 Abs. 1 Satz 1 der Strafprozessordnung (StPO). Allein auf dieser Grundlage können bestimmte Gefahrensituationen jedoch nicht durchweg adäquat bewältigt werden.

Die den Zollbeamten dann zugebilligten Befugnisse sind entsprechend den Regelungen in anderen Bundesländern sowie der bisherigen Regelungssystematik in Thüringen auf die in § 12 Abs. 2 ThürPOG auf das absolut notwendige Maß begrenzt. Das Ziel eines effektiven und effizienten Rechtsstaates ist nur insoweit legitim, wie Bürgerrechte nicht durch die Übertragung von polizeilichen Befugnissen übermäßig eingeschränkt werden beziehungsweise eine Gefahr einer solchen Einschränkung erhöht wird. Entsprechend ist die Übertragung von polizeilichen Befugnissen auf Zollbeamte ausschließlich in den in § 12 Abs. 2 ThürPOG genannten Fällen möglich. Dieser normiert neben Hilfeleisten in Katastrophen- oder Unglücksfällen und dem Gefangenentransport nur dann entsprechende Befugnisse, wenn diese zur Abwehr einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr, zur Verfolgung von Straftaten auf frischer Tat sowie zur Verfolgung und Wiederergreifung Entwischener notwendig ist. Weiterhin ist zwingende Voraussetzung, dass die zuständige Polizei die erforderlichen Maßnahmen nicht rechtzeitig treffen kann. Im Einzelfall besteht damit künftig die Möglichkeit zur Abwehr einer gegenwärtigen

gen erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie zur Verfolgung von Straftaten auf frischer Tat, sofern Polizeivollzugsbeamte nicht schnell genug zugegen sein können.

Für die Fraktion:

Montag

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Bezirksverband Nürnberg e.V.

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen eV.

Prof. Dr. Gusy, Universität Bielefeld

Gewerkschaft der Polizei, BZG Zoll

DB Sicherheit GmbH

Generalzolldirektion

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes - Eilkompetenz für Zollbeamte Gesetzentwurf der Fraktion der FDP*) +	
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Schwerborner Str. 33
	Postleitzahl, Ort
	99086 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes – Eilkompetenz für Zollbeamte

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

- Drucksache 7/3726 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name



Deutsche Zoll- und
Finanzgewerkschaft
Bezirksverband Nürnberg
Postfach 12 04 09
90111 Nürnberg

Organisationsform

Eingetragener Verein VR 2781
Amtsgericht Nürnberg

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Postfach 120409

Postleitzahl, Ort

90111 Nürnberg

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

THÜR. LANDTAG POST
07.06.2022 10:37

14411/2022

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gewerkschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Schließen einer Regelungslücke, die in allen anderen Bundesländern mittlerweile geschlossen worden ist.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nürnberg, 4.6.22	

Vorsitzender


 Deutsche Zoll- und
 Finanzgewerkschaft
 Bezirksverband Nürnberg
 Postfach 12 04 09
 90111 Nürnberg

THÜR. LANDTAG POST
18.05.2022 08:36

1267412022



BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Bezirksverband
Nürnberg e.V.; Postfach 12 04 09, 90111 Nürnberg

**Deutsche Zoll- und
Finanzgewerkschaft**
Bezirksverband Nürnberg
(Nordbayern, Thüringen,
West Sachsen) e.V.

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

per Mail

Gesetzesentwurf der FDP zur Änderung des Polizei-
organisationsgesetzes; Eilkompetenz/-zuständigkeit
für die Vollzugskräfte der Zollverwaltung

Nürnberg, 18. Mai 2022

Drucksache 7/3726

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

besten Dank für die Gelegenheit Stellung zu nehmen zu dem Gesetzesentwurf der von der
FDP-Fraktion in den Thüringer Landtag eingebracht worden ist.

In der Anlage haben wir Ihnen einen Artikel von Dr. Carsten Weerth aus dem Jahr 2018 beige-
fügt, der im Fachteil unserer Mitgliederzeitschrift veröffentlicht worden war. Dieser ist zwar hin-
sichtlich der Umsetzung in den Bundesländern überholt, die rechtlichen Erwägungen des Bun-
desgesetzgebers zu § 12d ZollVG und die Vorteile für die Bevölkerung und den Staat bei der
Gefahrenabwehr sind allerdings deutlich dargestellt und herausgearbeitet. 15 von 16 Bundes-
ländern haben die Argumente letztlich überzeugt, wir hoffen, dass dies auch in Thüringen gelin-
gen wird.

Wir möchten noch einmal betonen, dass es nicht gewollt ist, weitere Zuständigkeiten für die
Zollverwaltung zu schaffen, sondern nur die Ermächtigung und rechtliche Absicherung für un-
sere Beschäftigten, Straftäter bei Verhinderung der weiterhin zuständigen Landesbehörden,
festhalten zu dürfen und diese zeitnah den Polizeibehörden zuzuführen, die dann die anschlie-
ßenden Verfahren durchführen.

Zu den gestellten Fragen möchten wir Ihnen folgendes mitteilen:

1. Schmuggel bekämpft die Zollverwaltung in ihrer Hauptaufgabe. Daher nimmt die Zollverwaltung durch ihre Zollvollzugskräfte ihre gesetzliche Aufgabe regelmäßig erfolgreich wahr. Sofern im Rahmen von Zollkontrollen Straftaten aufgedeckt werden (z.B. Führen eines KfZ unter Drogen/Alkohol, Fahren ohne Führerschein, Führen einer Waffe, etc.) dürfen Zollbeamte ohne Eilkompetenz / Eilzuständigkeit nicht zuständig werden. Das BMF hatte vor einigen Jahren diese Lage nochmal per BMF-Erlass bekräftigt. Einzelfälle werden statistisch nicht erfasst.
2. Die Einführung der Eilkompetenz / Eilzuständigkeit im Thüringer Polizeirecht ist nach § 12d ZollVG dringend erforderlich, um eine gesetzliche Lücke in Thüringen zu füllen, die in allen anderen 15 Bundesländern und im BPolG geschlossen ist. Derzeit werden Bürger in Thüringen aufgrund gesetzlicher Lücken schlechter geschützt. Diese Maßnahme ist daher geeignet und dringend erforderlich um Bürger besser zu schützen und den Dienst der Zollbeamten rechtssicher und wirksam im Rahmen der Gefahrenabwehr in der Sicherheitsarchitektur sicherzustellen.
3. Bislang gibt es in 15 Landespolizeigesetzen leicht unterschiedliche Formulierungen die alle gleichermaßen geeignet sind, die Eilkompetenz / Eilzuständigkeit von Zollbeamten sicherzustellen (s. Beispiele unter 6.).
4. Eine Schulung des Thüringer Polizeirechts ist für Zollbeamte entbehrlich, weil es nicht um die Anwendung des gesamten Polizeirechts geht, sondern nur darum, bei offensichtlichen Straftaten oder Gefahrensituationen Anhalte- und Festnahmebefugnisse zu erhalten, bis die originär zuständige Polizei Thüringens am Ort der Kontrolle (Festnahme, Unfall, etc.) eintrifft. Zur Begründung des § 12d ZollVG vgl. die Erläuterungen zum Gesetzentwurf und die Kommentierung von Weerth in Dorsch, Zollrecht, § 12d ZollVG, Loseblatt, Bonn/Berlin.
5. Seit Mitte 2021 fällt auf, dass nur Thüringen die Eilkompetenz / Eilzuständigkeit für Zollbeamte aus den Zollvollzugsbereichen nicht eingeführt hat. Bürgerinnen und Bürger Thüringens werden schlechter geschützt als in 15 anderen Bundesländern. Ansonsten sind keine Beobachtungen festzustellen.

6. Der Wortlaut des Gesetzentwurfs ist hinreichend.

Beispielhaft werden einige veröffentlichte Eilkompetenzen / Eilzuständigkeiten aus anderen Bundesländern aufgelistet:

Niedersachsen:

§ 103 NPOG

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte des Bundes sowie für Zollbedienstete in den Vollzugsbereichen der Zollverwaltung des Bundes gemäß § 10 a Abs. 1 des Zollverwaltungsgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2125; 1993 I S. 2493), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1822), entsprechend.

§ 30a SOG Hamburg

(1) Polizeivollzugsbeamte des Bundes oder eines anderen Landes und Beamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs bei Ausübung öffentlicher Gewalt gestattet ist, können in der Freien und Hansestadt Hamburg Amtshandlungen vornehmen...

§ 101 POG Rheinland-Pfalz

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Polizeibeamte des Bundes und Vollzugsbeamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vom 10. März 1961 (BGBl. I S. 165) in der jeweils geltenden Fassung gestattet ist, entsprechend.

§ 8 ASOG Berlin

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Zollbedienstete in den Vollzugsbereichen der Zollverwaltung im Sinne von § 10a Absatz 1 des Zollverwaltungsgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2125; 1993 I S. 2493), das zuletzt durch Artikel 210 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, und für Bedienstete ausländischer Staaten mit polizeilichen Aufgaben, soweit völkerrechtliche Verträge oder Rechtsakte der Europäischen Union dies vorsehen oder die für Inneres zuständige Senatsverwaltung Amtshandlungen dieser Bediensteten allgemein oder im Einzelfall zustimmt.

§ 143 BremPolG

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte des Bundes entsprechend. Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und 5, Satz 2 und Absatz 2 gelten für Vollzugsbeamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt gestattet ist, entsprechend.

7. Nein. Die Einführung der Eilkompetenz / Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte ist zur Gefahrenabwehr lange überfällig und dringend erforderlich.
8. Die Erfahrungen sind rundum gut. Ein vermehrter inhaltlicher und kollegialer Austausch der Zollvollzugsbeamten mit den Polizeikräften der Länder ist die Folge. Mehr Straftäter und ausgeschriebene Flüchtende oder in Gefahrenlagen und beim aktiven Tatgeschehen bei Ringfahndungen können gefunden und von Zollvollzugsbeamten festgenommen werden. Das ist in jedem Einzelfall und gesamtgesellschaftlich zu begrüßen. Sobald die originär zuständige Polizei am Ort der Kontrolle eintrifft, wird den zuständigen Polizeibeamten der festgenommene Täter übergeben und die Polizei übernimmt in ihrer gesetzlichen Zuständigkeit ihre Aufgabe.
Eine vergleichbare erfolgreiche Zusammenarbeit besteht mit der Bundespolizei (vormals Bundesgrenzschutz) in der Bundesrepublik Deutschland seit Ende der 1970er Jahre.

Wir hoffen, die Antworten entsprechen dem Ansinnen der Fragesteller. Für Rückfragen stehen wir natürlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

Bezirksverband Nürnberg (Nordbayern/Thüringen/Westsachsen) eV im
BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes – Eilkompetenz für Zollbeamte Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3726 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN</td> <td>E.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>SCHMIDTSTEDTER STR. 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	E.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 9	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
Name	Organisationsform										
TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	E.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 9										
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	THÜRINGEN IST DAS LETZTE BUNDESLAND, DASS DIESE MÖGLICHKEIT NOCH NICHT IN LANDES RECHT ÜBERFÜHRT HAT.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 20/5/22	



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Landesvorsitzender

Per E-Mail

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
20.05.2022 10:18
12981/2022

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
4. Mai 2022

Datum
20. Mai 2022

Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes – Eilkompetenz für Zollbeamte

Anhörungsverfahren gemäß § 79 Geschäftsordnung Thüringer Landtag

Sehr geehrte Ministerialrätin Ruffert,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zur Anhörung.

Der tbb hat sich diesbezüglich mit seinen Fachgewerkschaften DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft sowie BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft ausgetauscht.

Einleitung

Auf Bundesebene wurde § 12d ZollVG mit dem Gesetz zur Änderung des ZollVG vom 10.3.2017 eingefügt. Die Norm regelt die sog. Eilzuständigkeit der Zollbeamten in den Vollzugsbereichen für polizeiliche Sofortmaßnahmen in den Bundesländern, in welchen die Polizeigesetze, Sicherheitsgesetze und Gefahrenabwehrgesetze der Länder diese Eilzuständigkeit vorsehen. Die Eilzuständigkeit darf für die Aufgaben der Polizei von den Zollbeamten der Vollzugsbereiche wahrgenommen werden, bis die zuständigen Polizeibediensteten eingetroffen sind.

Neben der Eilzuständigkeit in den Länderpolizeigesetzen (und ggf. Sicherheitsgesetzen, Gefahrenabwehrgesetzen, etc.) besteht grundsätzlich die bundesweite Eilzuständigkeit für die Aufgaben der BPol nach § 64 Abs. 1, 3 BPolG3, die jedoch nur für die Aufgaben der BPol gilt (Grenzschutz, Bahnpolizei, Luftverkehrssicherheit, etc.).



Die Zollbediensteten in den Vollzugsbereichen sind definiert in § 10a Abs. 1 ZollVG als „die in § 9 Nr. 2 und 8 des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes genannten Personen“. Dabei handelt es sich um Schusswaffen tragende Beamte des Grenzaufsichtsdienstes (Kontrolleinheiten des grenznahen Raumes), des Grenzabfertigungsdienstes und des Zollfahndungsdienstes (§ 9 Nr. 2 UZwG) sowie um sonstige der Dienstgewalt von Bundesbehörden unterstehenden Personen, die mit Aufgaben der Strafverfolgung betraut sind, wenn sie sich in Ausübung dieser Tätigkeit im Vollzugsdienst befinden (§ 9 Nr. 8 UZwG) – die Beamten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) der Hauptzollämter.

Die Einführung der Eilzuständigkeit im Jahr 2017 mit § 12d ZollVG wurde als lange überfällig begrüßt und stattete die Zollbeamten mit der Möglichkeit aus, die Landespolizei in deren Aufgabenerfüllung zu unterstützen, sofern die Landesgesetzgeber die jeweiligen Polizeigesetze (Sicherheitsgesetze, Gefahrenabwehrgesetze, etc.) anpassen. Thüringen ist das letzte Bundesland, dass diese Möglichkeit noch nicht in Landesrecht überführt hat.

Wir möchten noch einmal betonen, dass es nicht gewollt ist, weitere Zuständigkeiten für die Zollverwaltung zu schaffen. Es geht einzig und allein darum, Gefahren von der Bevölkerung abzuwehren und Zollbeamte in den Vollzugsbereichen, die im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung Straftaten aufdecken, diese auch verfolgen zu lassen, festhalten zu dürfen und diese zeitnah den Polizeibehörden zuzuführen, die dann die anschließenden Verfahren durchführen.

Zu den gestellten Fragen möchten wir Ihnen folgendes mitteilen:

1. Schmuggel bekämpft die Zollverwaltung in ihrer Hauptaufgabe. Daher nimmt die Zollverwaltung durch ihre Zollvollzugskräfte ihre gesetzliche Aufgabe regelmäßig erfolgreich wahr. Sofern im Rahmen von Zollkontrollen Straftaten aufgedeckt werden (z.B. Führen eines KfZ unter Drogen/Alkohol, Fahren ohne Führerschein, Führen einer Waffe, etc.) dürfen Zollbeamte ohne Eilkompetenz / Eilzuständigkeit nicht zuständig werden. Das BMF hatte vor einigen Jahren diese Lage nochmal per BMF-Erlass bekräftigt. Einzelfälle werden statistisch nicht erfasst.

Mit der Gesetzesänderung würde zudem erreicht, dass polizeiliche Kräfte für andere Aufgaben freigesetzt werden können und somit die personelle Situation in der Thüringer Polizei zumindest hier Entspannung finden könnte.

2. Die Einführung der Eilkompetenz / Eilzuständigkeit im Thüringer Polizeirecht ist nach § 12d ZollVG **dringend erforderlich, um eine gesetzliche Lücke in Thüringen zu füllen**, die in allen anderen 15 Bundesländern und im BPolG geschlossen ist. Derzeit werden Bürger in Thüringen aufgrund gesetzlicher Lücken schlechter geschützt. Diese Maßnahme ist daher geeignet und dringend erforderlich, um Bürger besser zu schützen und den Dienst der Zollbeamten rechtssicher und wirksam im Rahmen der Gefahrenabwehr in der Sicherheitsarchitektur sicherzustellen.

3. Bislang gibt es in 15 Landespolizeigesetzen leicht unterschiedliche Formulierungen, die alle gleichermaßen geeignet sind, die Eilkompetenz / Eilzuständigkeit von Zollbeamten sicherzustellen (s. Beispiele unter 6.).

Es wird keine Notwendigkeit zur Präzisierung bei § 12 Abs. 4 Satz 1 ThürPOG gesehen.

4. Eine Schulung des Thüringer Polizeirechts ist für Zollbeamte entbehrlich, weil es nicht um die Anwendung des gesamten Polizeirechts geht, sondern nur darum, bei offensichtlichen Straftaten oder Gefahrensituationen Anhalte- und Festnahmebefugnisse zu erhalten, bis die originär zuständige Polizei Thüringens am Ort der Kontrolle (Festnahme, Unfall, etc.) eintrifft. Zur Begründung des § 12d ZollVG vgl. die Erläuterungen zum Gesetzentwurf und die Kommentierung von Weerth in Dorsch, Zollrecht, § 12d ZollVG, Lose-blatt, Bonn/Berlin.

5. Seit Mitte 2021 fällt auf, dass nur Thüringen die Eilkompetenz / Eilzuständigkeit für Zollbeamte aus den Zollvollzugsbereichen nicht eingeführt hat. Bürgerinnen und Bürger Thüringens werden schlechter geschützt als in 15 anderen Bundesländern. Ansonsten sind keine Beobachtungen festzustellen.

6. Der Wortlaut des Gesetzentwurfs ist hinreichend.

Beispielhaft werden einige veröffentlichte Eilkompetenzen / Eilzuständigkeiten aus anderen Bundesländern aufgelistet:

§ 103 NPOG

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte des Bundes sowie für Zollbedienstete in den Vollzugsbereichen der Zollverwaltung des Bundes gemäß § 10 a Abs. 1 des Zollverwaltungsgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2125; 1993 I S. 2493), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1822), entsprechend.

§ 30a SOG Hamburg

(1) Polizeivollzugsbeamte des Bundes oder eines anderen Landes und Beamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs bei Ausübung öffentlicher Gewalt gestattet ist, können in der Freien und Hanse-stadt Hamburg Amtshandlungen vornehmen...

§ 101 POG Rheinland-Pfalz

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Polizeibeamte des Bundes und Vollzugsbeamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vom 10. März 1961 (BGBl. I S. 165) in der jeweils geltenden Fassung gestattet ist, entsprechend.

§ 8 ASOG Berlin

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Zollbedienstete in den Vollzugsbereichen der Zollverwaltung im Sinne von § 10a Absatz 1 des Zollverwaltungsgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2125; 1993 I S. 2493), das zuletzt durch

Artikel 210 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, und für Bedienstete ausländischer Staaten mit polizeilichen Aufgaben, soweit völkerrechtliche Verträge oder Rechtsakte der Europäischen Union dies vorsehen oder die für Inneres zuständige Senatsverwaltung Amtshandlungen dieser Bediensteten allgemein oder im Einzelfall zustimmt.

§ 143 BremPolG

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte des Bundes entsprechend. Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und 5, Satz 2 und Absatz 2 gelten für Vollzugsbeamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt gestattet ist, entsprechend.

7. Nein. Die Einführung der Eilkompetenz / Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte ist zur Gefahrenabwehr lange überfällig und dringend erforderlich.

8. Die Erfahrungen sind rundum gut. Ein vermehrter inhaltlicher und kollegialer Austausch der Zollvollzugsbeamten mit den Polizeikräften der Länder ist die Folge. Mehr Straftäter und ausgeschriebene Flüchtende oder in Gefahrenlagen und beim aktiven Tatgeschehen bei Ringfahndungen können gefunden und von Zollvollzugsbeamten festgenommen werden. Es liegen Erkenntnisse dazu vor, dass durch die Einführung der Eilbefugnis für den Zoll eine Entlastung der Polizei erfolgte und das Zusammenwirken Polizei und Zoll eine weitere effektive Steigerung erfahren hat. Das ist in jedem Einzelfall und gesamtgesellschaftlich zu begrüßen.

Sobald die originär zuständige Polizei am Ort der Kontrolle eintrifft, wird den zuständigen Polizeibeamten der festgenommene Täter übergeben und die Polizei übernimmt in ihrer gesetzlichen Zuständigkeit ihre Aufgabe. Eine vergleichbare erfolgreiche Zusammenarbeit besteht mit der Bundespolizei (vormals Bundesgrenzschutz) in der Bundesrepublik Deutschland seit Ende der 1970er Jahre.

Wir hoffen, dass unsere Antworten zum Erkenntnisgewinn beitragen konnten. Für Rückfragen stehen unsere Fachgewerkschaften BDZ und DPoIG natürlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

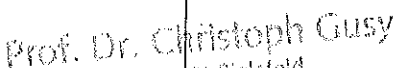
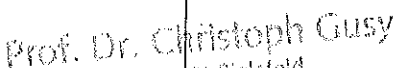
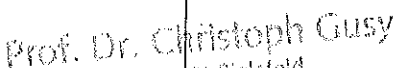
Landesvorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiorrganisationsgesetzes – Eilkompetenz für Zollbeamte Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3726 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px; text-align: center;">  Prof. Dr. Christoph Gusy Universität Jena Fakultät für Rechtswissenschaften Postfach 10 01 34 07739 Jena Tel: 0521/106-4392, Fax: 0521/106-4384 e-mail: christoph.gusy@uni-jena.de </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	 Prof. Dr. Christoph Gusy Universität Jena Fakultät für Rechtswissenschaften Postfach 10 01 34 07739 Jena Tel: 0521/106-4392, Fax: 0521/106-4384 e-mail: christoph.gusy@uni-jena.de		<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	 Prof. Dr. Christoph Gusy Universität Jena Fakultät für Rechtswissenschaften Postfach 10 01 34 07739 Jena Tel: 0521/106-4392, Fax: 0521/106-4384 e-mail: christoph.gusy@uni-jena.de										
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	In der Tätigkeit des Anwalts	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	(s. Stellungnahme)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
BI, 23.05.22	<i>[Handwritten Signature]</i>

Universität Bielefeld | Postfach 10 01 31 | 33501 Bielefeld

Landtag Thüringen
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen Fuchs Str. 1
99096 Erfurt

Prof. Dr. Christoph Gusy
Universitätsstr. 25
33615 Bielefeld

www.jura.uni-bielefeld.de

THÜR. LANDTAG POST
23.05.2022 08:18

28.2.2022

13053/2022

Anhörung zu LT-Drs. 7/3726 – Polizeiorganisationsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrem Fragenkatalog nehme ich wie folgt Stellung:

1.

Das Thema berührt kein großes Problem, da in allen anderen Bundesländern entsprechende Regelungen bereits in Geltung sind. Dort können also Rechtsfragen wie gegenwärtig in Thüringen gar nicht auftreten.

Umgekehrt sind aber keine Fälle gerichtsnotorisch geworden, in denen es um Rechtsprobleme mit der Anwendung der entspr. Vorschriften in den anderen Ländern ging.

2.

Das Problem ist also nicht groß, und der Problemdruck ist es für die Landespolizei auch nicht.

Eher besteht er beim Zoll, wo die Rechtsstellung der Zollbeamten eben nicht flächendeckend einheitlich geregelt ist, so dass hier in Thüringen Sonderfragen entstehen können. Große bundesweit agierende

Behörden präferieren einheitliche Länderregelungen. Am ehesten für sie entsteht also das – in seiner Reichweite aber überschaubare - Problem.

3.

Nach meiner Lesart ist in dem Entwurf nur die Eilkompetenz geregelt und diese auf Personen erstreckt, die beim Zoll Waffen einsetzen dürfen.

Ob sie die Waffen auch im Anwendungsbereich des ThPOG dürfen, hängt nicht von der hier angestrebten Neuregelung, sondern von den speziellen Bestimmungen des Thüringer POG ab. Denn die Zollbeamten, welche Eilkompetenzen wahrnehmen, unterliegen dann in Thüringen denselben Regelungen wie die Landespolizeibeamten, auch hinsichtlich des Waffengebrauchs.

M.E. ermächtigt die zu schaffende Regelung also niemanden zum Waffengebrauch, der das nicht schon vorher durfte. (Das gilt übrigens auch für alle anderen Abs. des § 12 ThPOG). Doch ist die Vorschrift dafür gewiss unglücklich formuliert.

Verbesserungsvorschlag: Anpassung des Wortlauts an 10 Abs. 3 NRWPOG.

4.

Dazu fehlt mir die Expertise.

5.

Ich war damals nicht Anzuhörender.

6.

S. o. 3.

7.

Das Problem ist nicht groß, und das neue Gesetz wird (vorbehaltlich o. 3) keine größeren neuen Probleme schaffen.

8.

Negative Erfahrungen sind nicht bekannt.

Bl, den 20.5.2022

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

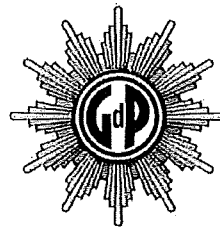
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes – Eilkompetenz für Zollbeamte											
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP											
- Drucksache 7/3726 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Feuerwehr der Polizei Bezirk Bielefeld 17.06 Berichtgruppe 2011</td> <td>Feuerwehr</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Forststr. 3a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>40721 Hildesheim</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Feuerwehr der Polizei Bezirk Bielefeld 17.06 Berichtgruppe 2011	Feuerwehr	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Forststr. 3a	Postleitzahl, Ort	40721 Hildesheim
Name	Organisationsform										
Feuerwehr der Polizei Bezirk Bielefeld 17.06 Berichtgruppe 2011	Feuerwehr										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Forststr. 3a										
Postleitzahl, Ort	40721 Hildesheim										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Zollsektor	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hildesheim, 20.05.2022	



**Gewerkschaft
der Polizei**

ZOLL

Gewerkschaft der Polizei • BZG Zoll • Forststr. 3a • 40721 Hilden

Forststraße 3a
40721 Hilden

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
23.05.2022 07:01

13039/22

gdp@gdpzoll.de
www.gdp-zoll.de

20.05.2022

**Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes
Eilkompetenz für Zollbeamte**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (Drucksache 7/3726)

Ihr Schreiben vom 04. Mai 2022, A 6.1/cschr,ga – Drs 7/3726

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zollbeamte, die in den Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdiensten ihren Dienst verrichten sind Vollzugsbeamte des Bundes im Sinne der §§ 6 und 9 des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes (UZwG) und nach § 9 UZwG zum Gebrauch von Schusswaffen im Rahmen des unmittelbaren Zwangs berechtigt.

Bei der Wahrnehmung ihrer vollzugspolizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsaufgaben im Rahmen Ermittlungen, Fahndungen und zollrechtlichen Kontrollen bzw. Maßnahmen der Gefahrenabwehr im Zuständigkeitsbereich der Zollverwaltung geraten Zollbeamte immer wieder in Situationen, in denen sie mit auch allgemeinpolizeilichen Sachverhalten als bewaffnete Vollzugsbeamte des Bundes konfrontiert werden. Den deshalb erforderlichen und zudem dringend gebotenen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr oder zur Strafverfolgung können sich die eingesetzten Beamten faktisch und im Zweifel unter den Augen der Öffentlichkeit nicht ernsthaft verschließen, bloß, weil die sonst zuständige Polizei nicht oder nicht rechtzeitig vor Ort ist.

Ein Nichteinschreiten in dieser Situation wäre im Grunde je nach Sachverhalt unverantwortlich und auch aus dem Blick der Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar. Eine Ausdehnung der jeweiligen Maßnahme des Zolls lediglich zur Überbrückung der Zeit bis zum Eintreffen der zuständigen Polizei ist nicht zulässig.

Während für alle Polizeivollzugsbeamten des Bundes und der Länder entsprechende Regelungen zur Eilzuständigkeit in allen Polizeigesetzen verankert sind, finden sich vergleichbare Regelungen für Zollvollzugsbeamte nur in fast allen Polizeigesetzen der Länder.

Wir begrüßen daher das Vorhaben des Landes Thüringen, eine vergleichbare Regelung zu schaffen, wie sie in anderen Bundesländern auch besteht, ausdrücklich.

Vor dem Hintergrund aktueller sicherheitspolitischer Diskussionen und der politisch allgemein anerkannten Notwendigkeit einer besseren und vertrauensvolleren Zusammenarbeit aller in Deutschland zusammenwirkenden polizeilichen Sicherheitsbehörden – wozu der Zoll unstrittig gehört – unterstützt die Gewerkschaft der Polizei – Bezirksgruppe Zoll den Entwurf.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeilorganisationsgesetzes – Eilkompetenz für Zollbeamte											
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP											
- Drucksache 7/3726 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">DB Sicherheit GmbH</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">GmbH</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Brandenburger Straße 16a</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">04103 Leipzig</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DB Sicherheit GmbH	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Brandenburger Straße 16a	Postleitzahl, Ort	04103 Leipzig
	Name	Organisationsform									
	DB Sicherheit GmbH	GmbH									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Brandenburger Straße 16a									
Postleitzahl, Ort	04103 Leipzig										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen auf dem Gebiet der Deutschen Bahn AG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG) Die DB sowie die DB Sicherheit GmbH begrüßen jede geregelte Handlungsfähigkeit von anwesenden hoheitlichen Kräften auf Bahngebieten der DB. In diesem Zusammenhang erscheint uns die angestrebte Einführung zur Eilkompetenz für Zollvollzugsbeamtinnen und -beamte und die damit einhergehende Rechtssicherheit für alle Beteiligte als ein geeignetes Instrument, um die Rechts- und Anwendungssicherheit sicher zu stellen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 24.05.2022	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



THUR. LANDTAG POST
24.05.2022 14:43

1330412022

DB Sicherheit GmbH • I.OV-SO
Brandenburger Straße 16a • 04103 Leipzig

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

DB Sicherheit GmbH
Regionalbereich Südost

Brandenburger Straße 16a
04103 Leipzig Deutschland
www.dbsicherheit.com

24.05.2022

Ihre Anfrage vom 04.05.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Anfrage, insbesondere zu den Fragestellungen der Anlage 3, folgende Stellungnahme seitens Deutsche Bahn AG (DB)/ DB Sicherheit GmbH:

Zu Frage 1:

Die DB sowie die DB Sicherheit GmbH arbeiten im Rahmen ihrer Ordnungspartnerschaft mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie der Bundespolizei eng zusammen. Die Bundespolizei ist hierbei der erste Ansprechpartner für die DB, auch für die Sicherheitskräfte der DB Sicherheit GmbH vor Ort. Diskrepanzen durch fehlende Eilkompetenzregelungen sind uns durch das partnerschaftliche Miteinander auf dem Bahngelände der DB daher derzeit nicht bekannt.

Zu Frage 2:

Die DB sowie die DB Sicherheit GmbH begrüßen jede geregelte Handlungsfähigkeit von anwesenden hoheitlichen Kräften auf Bahngeländen der DB. In diesem Zusammenhang erscheint uns die angestrebte Einführung zur Eilkompetenz für Zollvollzugsbeamtinnen und -beamte und die damit einhergehende Rechtssicherheit für alle Beteiligten als ein geeignetes Instrument, um die Rechts- und Anwendungssicherheit sicher zu stellen.

Zu Frage 3:

Die Formulierung des neuen § 12 Abs. 4 ThürPOG ist sehr kompakt und könnte zwecks besserer Verständlichkeit in mehrere Sätze entzerrt werden. Insbesondere wird nicht deutlich, ob mit dem Absatz auf Beamte mit bereits bestehender Befugnis zum Schusswaffeneinsatz Bezug genommen oder diese Beamten mit einer solchen Befugnis versehen werden sollten.

Hier ein Vorschlag zur Entzerrung, sofern auf Beamte mit bereits bestehender Befugnis Bezug genommen werden soll:

...





2/2

„Die Absätze 2 und 3 gelten für Bedienstete ausländischer Polizeidienststellen entsprechend, soweit völkerrechtliche Verträge dies vorsehen oder dass für die Polizei zuständige Ministerium Amtshandlungen dieser Polizeidienststellen allgemein oder im Einzelfall zustimmt. Die Absätze 2 und 3 gelten ferner für Vollzugsbeamte der Zollverwaltung, denen der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes gestattet ist.“

Sofern die Befugnis zum Schusswaffengebrauch erst eingeräumt werden soll, schlagen wir folgendes vor:

„Die Absätze 2 und 3 gelten für Bedienstete ausländischer Polizeidienststellen entsprechend, soweit völkerrechtliche Verträge dies vorsehen oder dass für die Polizei zuständige Ministerium Amtshandlungen dieser Polizeidienststellen allgemein oder im Einzelfall zustimmt. Die Absätze 2 und 3 gelten ferner für Vollzugsbeamte der Zollverwaltung. Diesen Beamten ist der Gebrauch von Schusswaffen bei Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes unter den dort geregelten Voraussetzungen gestattet.“

Zu Frage 4:

Der DB/ DB Sicherheit GmbH liegen hierzu keine Erkenntnisse vor

Zu Frage 5:

Die DB/ DB Sicherheit GmbH war im Jahre 2021 nicht eingebunden.

Zu Frage 6:

Der Absatz sollte verständlicher gefasst werden (s.o. unter 3). Sofern die Befugnis zum Schusswaffengebrauch eingeräumt werden soll: Wegen der Intensität des geregelten Grundrechtseingriffs sollte klarer gefasst werden, unter welchen Voraussetzungen Schusswaffen gebraucht werden dürfen (Vorschlag s.o. unter 3).

Zu Frage 7:

Aus Sicht der DB/ DB Sicherheit GmbH spricht nichts gegen die Einführung der Eilzuständigkeit für Zollbeamtinnen und Zollbeamte in Thüringen. Im Gegenteil es unterstützt die herausragende Zusammenarbeit zwischen der Bundespolizei und der DB/ DB Sicherheit GmbH.

Zu Frage 8:

Die DB/ DB Sicherheit GmbH hat in den Regionen, in denen bereits eine entsprechende Regelung besteht, gute Erfahrungen sammeln können. Es gab Situationen/ Straftaten, in denen Zollvollzugsbeamtinnen und -beamte helfend und zielgerichtet eingeschritten sind und unsere Sicherheitskräfte vor Ort unterstützend beigestanden haben.

Mit freundlichen Grüßen

DB Sicherheit GmbH

Leiter Regionalbereich Südost

14782/2022

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

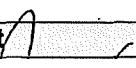
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes – Eilkompetenz für Zollbeamte Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 7/3726 -	
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Zuarbeit zu Gesetzen und Dienstvorschriften</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Der Gesetzesvorschlag wird ausdrücklich begrüßt.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Potsdam, 9. Juni 2022	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Bezirksverband Nürnberg e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes - Eilkompetenz für Zollbeamte		
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP		
- Drucksache 7/3726 -		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name BÖZ	
	Organisationsform Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft	
	Bezirksverband Nürnberg (Nordbayern/Thüringen/Westsachsen) e.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse eingetragener Verein VR 2781	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach) Postfach 120409	
	Postleitzahl, Ort 90111 Nürnberg	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Einsatz für die Beschäftigten der Bundesfinanzverwaltung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Unterstützung der Elternständigkeit für Zollbeamte in Thüringen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief (Brief in E-Mail)	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nürnberg, 5.8.21	



Deutsche Zoll- und
Finanzgewerkschaft
Bezirksverband Nürnberg
Postfach 12 04 09
90111 Nürnberg

THUR. LANDTAG POST
26.08.2021 10:36

21296/2021



BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Bezirksverband
Nürnberg e.V.; Postfach 12 04 09, 90111 Nürnberg

Thüringer Landtag
Verwaltung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

per Mail

**Deutsche Zoll- und
Finanzgewerkschaft**
Bezirksverband Nürnberg
(Nordbayern, Thüringen,
West Sachsen) e.V.

E-Mail: vorstand@bdz-n.de
Internet: www.bdz-n.de

Nürnberg, 26. August 2021

**Einführung der Eilzuständigkeit für die Vollzugskräfte der Zollverwaltung;
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes**

Drucksache 7/3726

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß Ihrem o.a. Schreiben nutzen wir die Gelegenheit, eine Stellungnahme zu dem
o.a. Gesetzesentwurf abzugeben und bitten, diese den betreffenden Abgeordneten zur
Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Drucksache 7/3726

**Stellungnahme zur Einführung der Eilzuständigkeit für die Vollzugskräfte der Zollverwaltung;
Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes**

Mit dem Gesetz zur Änderung des Zollverwaltungsgesetzes (ZollVG) vom 10.3.2017 (BGBl. I 425) wurden die Bestimmungen nach § 12d ZollVG eingeführt, welche den Ländern die Einführung der Eilzuständigkeit ermöglichen. Mittlerweile haben alle Bundesländer mit Ausnahme von Thüringen dies umgesetzt.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf (Drs. 7/3726) sollen keinerlei Aufgaben für die Zollverwaltung requiriert werden; es geht lediglich darum, eine Rechtslücke zu schließen, damit Straftäter rechtssicher den weiterhin zuständigen Strafverfolgungsbehörden des Landes zugeführt werden können.

Die Zollverwaltung ist ein anerkannter Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur.

In Zeiten der Terrorabwehr, der Reichsbürger und steigender organisierter Kriminalität müssen Vollzugskräfte des Bundes und der Länder mit klaren Gesetzen ausgestattet sein, damit Straftaten verhindert und stringent verfolgt werden können.

Die polizeiliche Gefahrenabwehr ist nach der grundgesetzlichen Zuständigkeitsordnung eine Aufgabe der einzelnen Bundesländer. Diese können über landesgesetzliche Regelungen der Zollverwaltung eine entsprechende Eilzuständigkeit übertragen. Eine einheitliche bundesgesetzliche Regelung ist aufgrund der Gesetzgebungskompetenz der Länder nicht möglich.

Die Vollzugskräfte der Zollverwaltung treffen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung immer wieder Situationen an, die ein unmittelbares polizeiliches Handeln erfordern. Eine hierfür typische Situation im Rahmen einer Zollkontrolle ist beispielsweise ein per Haftbefehl gesuchter Beteiligter. In diesem Fall würde die zuständige Thüringische Polizeieinheit gerufen werden, um die Person zu übernehmen.

Nur für den Fall, dass die Polizeikräfte nicht bzw. nicht zeitnah kommen können, würde die Eilzuständigkeit greifen. Zur Gefahrenabwehr könnten dann die Zollvollzugskräfte vor Ort die Person festhalten und der zuständigen Polizeieinheit zuführen.

Mit der Einführung der Eilzuständigkeit für Zollbeamte/innen im Vollzugsdienst schließen Sie eine Überwachungslücke und sorgen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr (auch auf Autobahnen) und bei strafprozessualen Maßnahmen.

Die BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft – Bezirksverband Nürnberg (Nordbayern, Thüringen, Westsachsen) e. V., die etwa 1.000 Zöllnerinnen und Zöllner im Freistaat Thüringen vertritt, fordert und fördert die Einführung der Eilzuständigkeit im Interesse der Sicherheit der Bürger/innen und Rechtssicherheit der Zollbeamten/innen im Vollzugsdienst.

Die Steigerung der Effektivität der Strafverfolgung ist das Ziel aller in Deutschland tätigen Polizei- und Sicherheitsbehörden. Ein bundeseinheitliches Auftreten des Zolls durch die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten der Zollbediensteten und die damit verbundene Einräumung entsprechender Befugnisse zur Wahrnehmung der Eilzuständigkeit wird hierbei auch dem Sicherheitsbedürfnis der Zollvollzugskräfte gerecht. Deshalb bitten wir Sie, dieser sinnvollen Regelung zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes zuzustimmen.

Es ist aus unserer Sicht unverständlich, warum den Bürger/innen im Freistaat Thüringen ein schlechteres Schutzniveau in polizeilichen Notfällen zu Teil werden soll, als in allen anderen Bundesländern. Die Öffentlichkeit hätte kein Verständnis dafür, falls ein angetroffener Straftäter mangels Eilkompetenz nicht festgehalten und nicht den Polizeikräften übermittelt werden würde.

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes - Eilkompetenz für Zollbeamte

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP*)

- Drucksache 7/3726 –

*) Die Parlamentarische Gruppe der FDP ist durch Beschluss des Landtags vom 9. September 2021 hinsichtlich ihrer parlamentarischen Rechte- und Pflichtenstellung an die Stelle der weggefallenen Fraktion der FDP getreten (vergleiche Nummer I des Beschlusses in der Drucksache 7/4042).

Diskussionsforum des Thüringer Landtags gemäß § 96 GO – Auswertung der Online Diskussion

Frage: Was möchten Sie zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes – Eilkompetenz für Zollbeamte in Drucksache 7/3726 insgesamt und/oder zu einzelnen Bestimmungen anmerken?

Datum des Beitrages	Angaben zum Autor	Titel	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte
02.05.2022	Marcus Stietz*	„Hoheitliche Rechte auch für Zollbeamte.“	„Alle polizeilichen Kräfte die gleichen Rechte in der Verbrechensbekämpfung.“
03.05.2022	Arnim Henkel*	„Eilkompetenz für Zollbeamte erhöht die Sicherheit“	„Eilkompetenz ist im Interesse der Erhöhung der Sicherheit für die Bürger in Thüringen erforderlich. Zollbedienstete verfügen über die erforderlichen Voraussetzungen.“

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht

03.05.2022	Matthias Schwarz / GdP - Zoll - Kreis- gruppe Sachsen- Thüringen Zollbeamter <u>Dienstadresse:</u> Hermann-Drechsler- Str. 1 07546 Gera	„Mehr Rechtssi- cherheit für Zollbe- amte“	„Wie bereits o.a können landesgesetzliche Regelungen der Zollverwaltung eine entspre- chende Eilzuständigkeit übertragen. Es ist daher an der Zeit, die polizeiliche Eilzuständig- keit für Zollbeamten auch im Freistaat Thüringen gesetzlich zu verankern, um damit eine weitere Lücke schließen zu können und um für die Beteiligten ein Stück weit mehr Rechts- sicherheit schaffen zu können.“
03.05.2022	Joel Wagner* Polizeimeisteran- wärter	„Eilkompetenz für Zollbeamte in Thü- ringen“	„Entlastung Polizeivollzugsdienst, abgestimmte Zusammenarbeit mit einheitlicher Ausrüs- tung, Polizei als Originäre Behörde der Strafverfolgung, Prüfung durch Fachpersonal“
06.05.2022	Elke Thienel* Rentnerin		„Ich finde es dringend erforderlich, den Zollbeamten bei seiner Arbeit der Polizei gleichzu- stellen, um Diebesgut zu beschlagnahmen, zur Fahndung ausgeschriebene Personen zu verhaften und andere Menschen zu beschützen, wenn keine Polizei vor Ort ist!“
16.05.2022	Petra Teufel* IT-Beratung	„Warum sollte es in Thüringen anders sein als im Rest Deutschland“	„Ich sehe keinen Grund in Thüringen eine andere Regelung zu haben als in den anderen 15 Ländern.“
18.05.2022	Dr. Carsten Weerth*, Vorsitzender des OV Bremen der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft im dbb Zollbeamter	„Eilkompetenz nach § 12d ZollVG in 15 Bundeslän- dern eingeführt“	„Thüringen sollte als letztes vopn 16 Bundesländern im thüringer Polizeirecht die Eilkom- petenz der Zollvollzugsbeamten nach § 12d ZollVG verankern, um zu einer verbesserten Gefahrenabwehr und sicheren Rechtslage für Bürger und Zollbeamte im Sicherheitsinte- resse des Staates beizutragen.“

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilddokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht

18.05.2022	Wolf Dorn* Pensionär	„Eilkompetenz für Zollbeamte“	„Auf geht's!“
24.05.2022	Volker Hellbusch* Vollzugsbereich Zoll	„Gesetzesänderung ja, Begründungen aber teils unzutreffend“	„Die Darstellung, dass man Straftäter in Thüringen wegen mangelnder Eilkompetenz seitens des Vollzugsbereich im Zoll flüchten lassen musste ist unwahr. Falsche Behauptungen bringen uns hier nicht weiter. Eine Gesetzesänderung ist trotzdem sinnvoll.“

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht